

Resolution zur Bildungspolitik

Bildungskrise in Brandenburg beenden – Für sichere Schulen ohne Propaganda

Nach über dreißig Jahren SPD-Herrschaft liegt das brandenburgische Bildungswesen am Boden. Was früher leistungsorientiert und verlässlich war, ist heute in jeder Hinsicht ein Sanierungsfall. In wechselnden Koalitionen hat die SPD hinreichend bewiesen, dass sie weder willens noch fähig war und ist, das Ruder herumzureißen. Während Bildungsniveau und Schülerleistungen abstürzen, Schulen verfallen und Gewalt sowie Ausländerkriminalität unsere Bildungseinrichtungen zunehmend zu Angsträumen machen, werden die Probleme kleingeredet und stattdessen in Klassenzimmern hemmungslos indoktriniert.

Klar ist: Die größte Gefahr für Bildungschancen junger Menschen ist die Politik der SPD in Brandenburg. Unser Bildungssystem steht daher vor massiven Herausforderungen und muss grundlegend reformiert werden. Denn für uns steht fest: Kluge Köpfe sind die Grundlage für unseren Wohlstand, unsere Wettbewerbsfähigkeit und ein funktionierendes Staatswesen.

Dieses Ziel wollen wir unter anderem durch folgende Schritte erreichen:

1. Wir werden der zunehmenden Gewalt und Kriminalität an unseren Schulen entschlossen entgegenzutreten und uns dabei gemeinsam mit der Bundes-AfD dafür einsetzen, dass die Strafmündigkeitsgrenze auf 12 Jahre herabgesenkt wird. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass Eltern gewalttätiger Kinder die staatlichen Transferleistungen empfindlich gekürzt werden.
2. Wir werden die verheerenden Folgen der ungebremsten Masseneinwanderung für das Bildungswesen bekämpfen und dabei neben einer Migrationsobergrenze das Prinzip „Deutsch vor Regelbeschulung“ einführen: Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Muttersprache werden nicht länger automatisch in Regelklassen beschult, wenn sie keine hinreichenden Deutschkenntnisse nachweisen können, die es ihnen gestatten, dem Unterricht problemlos zu folgen.
3. Wir werden Lehrerbildung, Unterrichtsinhalte und Rahmenlehrpläne vollständig entideologisieren und (partei-)politisch motivierte Indoktrination an Schulen per Gesetz verbieten.
4. Wir werden die Rahmenlehrpläne grundlegend überarbeiten und die Kompetenzorientierung durch die bewährte Inhaltsorientierung ersetzen, damit nicht beliebige zeitgeistige Themen, sondern echte Wissensbestände im Zentrum von Bildung und Unterricht stehen.
5. Wir werden die Leistungsorientierung an unseren Schulen wieder konsequent verankern. Kinder können und wollen ungeachtet ihrer sozialen Herkunft und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern Leistung erbringen. Die individuellen Möglichkeiten, Talente und Begabungen bestmöglich zur Entfaltung zu bringen und auf diese Weise vielfältigste Bildungsperspektiven zu eröffnen, kann nur durch das Prinzip „Fördern und Fordern“ gelingen.

6. Wir werden die Vermittlung der grundlegenden Kulturtechniken in unseren Grundschulen stärken, damit jedes einzelne Kind wieder anständig lesen, schreiben und rechnen kann. Hierfür werden wir unter anderem

- einen allgemeinverbindlichen Bildungsplan bereits im Kindergarten einführen,
- den Unterricht in der ersten Fremdsprache in den Jahrgangsstufen 1 bis 4 zeitlich befristet abschaffen und die dadurch freiwerdenden Stunden auf Deutsch, Mathematik und gegebenenfalls den Sachkundeunterricht aufteilen,
- Maßnahmen zur Förderung der Handschrift durchführen,
- den bisherigen Mindestwortschatz von lediglich 700 Wörtern deutlich aufstocken und bis zum Ende der Klassenstufe 4 gezielt vermitteln.

7. Wir werden den Gebrauch der sogenannten geschlechtersensiblen Sprache („Gendern“) in all ihren Erscheinungsformen in den Bildungseinrichtungen des Landes Brandenburg flächendeckend untersagen.

8. Wir werden ein landesweit einheitliches Handyverbot bis zum Ende der Sekundarstufe I an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen einführen, um die alarmierende Bildschirmzeit und den ungesteuerten Medienkonsum schon bei Kindern und Jugendlichen zu regulieren. Insbesondere Kindergärten und Grundschulen sollen nach unserem Verständnis als digitalfreie Oasen konzipiert und verstanden werden.

9. Wir werden den Lehrerberuf durch gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen wieder attraktiv machen. Hierzu gehört unter anderem die Durchführung einer Lehrerarbeitszeiterfassungsstudie. Wir wollen wissen, welche Belastungsfaktoren es gibt, um diese gezielt bekämpfen und abstellen zu können. Unsere Lehrer sollen sich wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können, nämlich zu lehren und zu erziehen. Dadurch können wir altgedientes, erfahrenes Personal dauerhaft motiviert im Schuldienst halten und neue, grundständig ausgebildete Lehrer für unsere Schulen gewinnen.

10. Wir werden die starre Schulanwesenheitspflicht durch eine gesetzlich verankerte Bildungspflicht erweitern, wie sie in bildungspolitisch weitaus erfolgreicheren Ländern und Regionen weltweit bereits besteht.

Beschlossen von der Kreisvorsitzendenkonferenz der AfD Brandenburg
am 10. Januar 2026 in Sperenberg